

Meine Woche im Landtag



Liebe Leserinnen und Leser,

die Weihnachtsfeiertage sind vorbei und das Jahr 2015 neigt sich mit großen Schritten dem Ende zu. Mein Rückblick bezieht sich heute auf die letzten Tage vor den Weihnachtsfeiertagen. Denn im Drei-Tages-Plenum standen wieder eine Fülle wichtiger Themen an. Für uns FREIE WÄHLER war dieses Mal insbesondere die Aktuelle Stunde wichtig, bei der wir die Forderung nach einem gesamt-bayerischen Flughafenkonzept – anstelle der dritten Startbahn – ins Plenum eingebracht haben.

Ein vom Flughafen München selbst in Auftrag gegebenes Gutachten legt offen, dass noch ausreichend Kapazitäten durch die beiden bestehenden Start- und Landebahnen vorhanden sind. Die aktuellen Zahlen zeigen deutlich, dass in München derzeit noch zusätzlich bis zu 100.000 Flugbewegungen pro Jahr möglich wären. Die Staatsregierung darf diese Fakten nicht länger übergehen.

Wir haben in der Debatte noch einmal dargelegt, dass damit die dritte Startbahn vollkommen überflüssig ist und außerdem eine unnötige Konkurrenz für die Standorte Nürnberg und Memmingen bedeutet. An den beiden Flughäfen würde sich die Situation weiter verschärfen. Wir FREIE WÄHLER werden ein endloses Verschieben der Entscheidung über die Piste nicht länger tolerieren und fordern die Bayerische Staatsregierung auf, der Realität endlich ins Auge zu sehen: Die beste Lösung ist ein Flughafen-Gesamtkonzept München-Nürnberg-Memmingen – dafür setzen wir uns seit Langem ein.

Viele Grüße und einen guten und erfolgreichen Start ins neue Jahr.

Ihr



Dr. Hans Jürgen Fahn, MdL

R ü c k b l i c k

Seit Jahren haben die Landtagsfraktionen um Leitsätze in der Bayerischen **Entwicklungszusammenarbeit** gerungen. Nun ist es gelungen, diese in Zusammenarbeit mit der Staatskanzlei und dem **Eine Welt-Netzwerk Bayern e.V.** zu erarbeiten und einen interfraktionellen Antrag zu formulieren.

Es ist unser gemeinsames Ziel, dass die Eine-Welt-Politik des Freistaates Bayern, im Rahmen ihrer Möglichkeiten, weltweit einen Beitrag zur Bekämpfung von Hunger, Armut und Krankheit, zu einer nachhaltigen und friedlichen Entwicklung sowie zur Völkerverständigung leistet. Die Lebensbedingungen der Menschen in den Partnerländern sollen verbessert und gute Regierungsführung gestärkt werden.

Bereits im Oktober hat die FREIE WAHLER Landtagsfraktion einen Antrag gegen die **Vergemeinschaftung der Einlagensicherung** in Europa eingebracht.

Wir haben die Staatsregierung aufgefordert, sich auf Bundes- und europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass künftig sämtliche Bestrebungen nach einer Vergemeinschaftung der Einlagensicherungen abgelehnt werden.

Es kann schließlich nicht angehen, dass die über Jahre zum Schutz der Kundeneinlagen im Rahmen bestehender Instituts- und Einlagensicherungssysteme gebildeten Sicherungsmittel, insbesondere bei Genossenschaftsbanken und Sparkassen, für eine grenzüberschreitende Haftung für Kreditinstitute mit unterschiedlichen bzw. teils risikobehafteten Geschäftsmodellen herangezogen werden.

Die Umsetzung solcher Pläne würde letztlich bedeuten, dass deutsche Sparer zur Rettung ausländischer Banken herangezogen werden können.

Das wollten wir FREIE WAHLER unbedingt verhindern.

Erfreulicherweise wurde dem Antrag im zuständigen Ausschuss auch einstimmig zugestimmt. Umso befremdlicher ist es, dass die CSU nun einen inhaltsgleichen Dringlichkeitsantrag ins Plenum eingebracht hat. Wieder einmal übernimmt die CSU damit die guten Ideen der FREIEN WAHLER und verkauft sie als ihre eigenen!

In zweiter Lesung wurde unser Gesetzentwurf zur **Wiederbelebung des Diplomstudienganges** behandelt. Wir fordern darin die Wiedereinführung des Diploms als einen weiteren berufsqualifizierenden Studienabschluss in bestimmten Fächern. Dieser bewährte und international hoch anerkannte Abschluss wurde nämlich mit der Einführung der Bachelor-Master-Studienabschlüsse auch in Bayern weitgehend abgeschafft.

Mittlerweile üben nicht nur Bildungspolitiker, sondern auch Vertreter der Wirtschaft offen Kritik an den Bachelor-Abschlüssen. Schon aufgrund der relativen Kürze der vorgesehenen Studienzeit werden diese häufig als „Schmalspur-Abschluss“ angesehen. In vielen Berufen wird außerdem ein Masterabschluss erwartet, um qualifiziert arbeiten zu können. Die Abschaffung des Diploms war eine der größten hochschulpolitischen Dummheiten der letzten Jahrzehnte. Das wollen wir ändern. Wir wollen die anerkannte Marke des Diploms neu beleben, wir wollen sie praxis- und anwendungsorientiert in enger Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und wissenschaftsfundiert mit einer eigenen Diplomarbeit gestalten. Dafür werden wir uns auch weiterhin einsetzen.

Mit einem Dringlichkeitsantrag zum **Wertstoffgesetz** haben wir ein äußerst wichtiges Problem aufgegriffen. Denn die geplante Neuregelung des Bundesumweltministeriums ist ein Angriff auf die kommunale Daseinsvorsorge.

Kommunen verlieren massiv Erlöse für Altpapier und Altmetall und die Bürger bezahlen bis zu 20 Prozent mehr an Gebühren. Wir fordern deshalb eine Überarbeitung des Wertstoffgesetzes, bei der die Belange der Kommunen tatsächlich angemessen berücksichtigt werden.

Das Ergebnis meiner schriftlichen Anfrage im Landtag brachte es an den Tag: **In Unterfranken gibt es derzeit 25.121 leere Wohnungen**, Bad Kissingen liegt mit 3.259 vor Main Spessart (3.254) und Miltenberg (3.119) sowie Würzburg (3.066). Ob diese sich für Flüchtlinge bzw. für sozial "Schwache" eignen, sollte zumindest geprüft werden.

Impressum

Verantwortlich nach §5 TMG:

Dr. Hans Jürgen Fahn
Justin-Kirchgäßner-Str. 11
63906 Erlenbach am Main
Tel.: 09372 6985
E-Mail: dr.fahn@onlinehome.de